

Avner Ofrath

## Anatomie der Gewalt

Zum Israel/Palästina-Konflikt

Die beispiellose Brutalität, die in den frühen Morgenstunden des 7. Oktober 2023 in Israel/Palästina entfesselt wurde und seither nicht abreißt, erfordert ein neues Vokabular und Verständnis der Wurzeln, der Dynamik und der Motive der Gewalt vor Ort, aber auch der globalen Reaktionen darauf. Noch nie in der einhundertjährigen Geschichte dieses zutiefst asymmetrischen Konflikts wurden Zivilisten auf beiden Seiten so explizit, massenhaft und grausam angegriffen; noch nie klafften in westlichen Universitäten, Medien und Kulturbetrieben Bilder, Vorstellungen und Grundannahmen rund um den Konflikt so schnell, so weit, so unüberwindbar auseinander; noch nie stellten die Folgen des Konflikts eine derart unmittelbare Gefahr für den Frieden ganzer Gemeinden in Europa und Nordamerika dar: Weltweit sind vor allem jüdische, aber auch muslimische Menschen, Gemeinden und Einrichtungen einer Welle des Hasses ausgesetzt.

Trotz heftiger Auseinandersetzungen ist zu entscheidenden Fragen in diesem Konflikt in den letzten Monaten irritierend, ja besorgniserregend wenig gesagt worden. Stattdessen sind Analytisches und Konkretes dem Hyperbolischen gewichen. Ein beispielhafter Moment dieser intellektuellen Landschaft Anfang Dezember: Zwei Wochen nachdem eine Reihe prominenter, teils umstrittener Historikerinnen und Historiker in einem offenen Brief in der *New York Review of Books* dazu aufgerufen hatte, Vergleiche zwischen dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 und dem Holocaust zu unterlassen, erschien im *New Yorker* ein Artikel von Masha Gessen, in dem wiederum der belagerte Gazastreifen mit den durch die NS-Besatzung errichteten Ghettos verglichen und behauptet wird, das »Ghetto« von Gaza werde nun »liquidiert«; die Provokation ging auf, eine Preisverleihung in Deutschland wurde abgesagt, dann trat die Katharsis des Eklats ein.<sup>1</sup> Bisweilen scheint es, als wäre man in manchen Kreisen bereit, über alles zu diskutieren – nur nicht

1 Omer Bartov/Christopher R. Browning/Jane Caplan/Debórah Dwork, Michael Rothberg u. a., *An Open Letter on the Misuse of Holocaust Memory*. In: *New York Review of Books* vom 20. November 2023 ([www.nybooks.com/online/2023/11/20/an-open-letter-on-the-misuse-of-holocaust-memory/](http://www.nybooks.com/online/2023/11/20/an-open-letter-on-the-misuse-of-holocaust-memory/)); Masha Gessen, *In the Shadow of the Holocaust. How the politics of memory in Europe obscures what we see in Israel and Gaza today*. In: *New Yorker* vom 9. Dezember 2023 ([www.newyorker.com/news/the-weekend-essay/in-the-shadow-of-the-holocaust](http://www.newyorker.com/news/the-weekend-essay/in-the-shadow-of-the-holocaust)).

darüber, was konkret in Israel/Palästina geschieht, über die eigentliche Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Landes.

Fast 30 000 Menschen – mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung des Gazastreifens – sind bis Ende Februar 2024 der israelischen Kriegsführung zum Opfer gefallen, davon schätzungsweise rund 70 Prozent Frauen und Kinder. Tausende mehr liegen noch unter Trümmern und in Krankenhäusern, in denen sie kaum noch versorgt und behandelt werden können. Hunderttausende könnten in den nächsten Monaten an Krankheiten sterben, nachdem israelische Luftangriffe zivile Infrastrukturen zerstört und einen Großteil des Gazastreifens buchstäblich unbewohnbar gemacht haben.<sup>2</sup> Berichte über eine katastrophale Hungersnot häufen sich und lassen den Verdacht auf eine gezielte Strategie des israelischen Militärs entstehen. Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag hat zwar nicht angeordnet, dass Israel seine Offensive beenden muss, den Verdacht auf Genozid jedoch auch nicht zurückgewiesen und Israel aufgefordert, zu beweisen, dass es keinen Genozid verübe. In dem Moment, da ich dies schreibe, ist von einer Offensive in Rafah die Rede, wo 1,5 Millionen Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen eine notdürftige Zuflucht suchen. Wie Recherchen der israelischen Tageszeitung *Haaretz* zeigen, würde die neue, von Israel eingerichtete »sichere Zone« entlang der Küste von Rafah bedeuten, dass sich diese Menschen auf unbestimmte Zeit auf dem Gebiet eines mittelgroßen Flughafens aufhalten müssten.<sup>3</sup> Auf israelischer Seite sind die Zahl der zivilen Opfer und das Ausmaß der Zerstörung deutlich kleiner, aber ebenso beispiellos in der Geschichte dieses Konflikts. Etwa tausend Zivilisten wurden durch die Hamas am 7. Oktober massakriert oder nach Gaza verschleppt, Hunderte mehr verletzt und gefoltert. Ganze Ortschaften entlang der israelischen Grenze zum Gazastreifen sind restlos zerstört worden, viele andere – auch im Norden Israels sowie im südlichen Libanon – sind kriegsbedingt evakuiert worden.

Noch nie in der Geschichte des Israel/Palästina-Konflikts wurden Menschenleben so gleichgültig, so rücksichtslos behandelt wie in den letzten Monaten. Dies spiegelt sich auch in einem veränderten Sprachgebrauch. Der

2 Vgl. Devi Sridhar, *It's not just bullets and bombs. I have never seen health organisations as worried as they are about disease in Gaza*. In: *Guardian* vom 29. Dezember 2023 ([www.theguardian.com/commentisfree/2023/dec/29/health-organisations-disease-gaza-population-outbreaks-conflict](http://www.theguardian.com/commentisfree/2023/dec/29/health-organisations-disease-gaza-population-outbreaks-conflict)).

3 Yarden Michaeli / Avi Scharf, *Gazans Fled Their Homes. They Have Nowhere to Return to*. In: *Haaretz* vom 8. Februar 2024 ([www.haaretz.com/israel-news/security-aviation/2024-02-08/ty-article-static-ext/.premium/gazans-fled-their-homes-they-have-nowhere-to-return-to/0000018d-73f0-d4f1-a18d-f7f071190002](http://www.haaretz.com/israel-news/security-aviation/2024-02-08/ty-article-static-ext/.premium/gazans-fled-their-homes-they-have-nowhere-to-return-to/0000018d-73f0-d4f1-a18d-f7f071190002)).

israelische Militärjargon hat schon vor Jahren den Begriff »Unbeteiligte« etabliert (statt »Zivilisten«). Wie der IGH in seiner Entscheidung zur Klage Südafrikas gegen Israel festgestellt hat, bedienen sich seit dem 7. Oktober zahlreiche, auch prominente israelische Politikerinnen und Politiker einer Rhetorik des Genozids und behaupten, es gebe keine »Unschuldigen« in Gaza. Vertreter der Hamas beteuern ihrerseits, Angriffe wie den vom 7. Oktober wiederholen zu wollen.<sup>4</sup> In vielen arabischsprachigen Medien ist seit Jahrzehnten selten von israelischen »Zivilisten« und meistens von »Siedlern« die Rede, selbst wenn es um Bewohner des international anerkannten israelischen Staatsgebiets geht. Seit dem 7. Oktober hat sich dieser absurd vereinfachte Begriff des »Siedlers« nun auch in Teilen des Westens etabliert und die Vorstellung salon- und universitätsfähig gemacht, alle Israelis – so wie proisraelische Jüdinnen und Juden weltweit – seien legitime Ziele des »Widerstands« der Hamas. »Siedler sind keine Zivilisten«, urteilte etwa die Yale-Professorin Zareena Grewal gleich am 7. Oktober.<sup>5</sup> Es ist diese Missachtung, diese Auflösung der Kategorie der Zivilisten, also der Unschuldigen oder Unbeteiligten, im Denken und Handeln aller beteiligten Akteure, die wir verstehen müssen.

Der Historiker Hillel Cohen hat überzeugend argumentiert, dass die Ausschreitungen im Sommer 1929 in zahlreichen Städten Palästinas – damals kraft eines Völkerbundmandats nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg unter britischer Herrschaft – als das »Jahr null« des Konflikts zu betrachten sind. Was in manchen historischen Darstellungen als eine palästinensische Rebellion gegen die Briten beschrieben wird, war in Wahrheit vielmehr ein Ausbruch von Gewalt an Zivilisten, dem ganze Gemeinden zum Opfer fielen. Was als ein Streit zwischen Juden und Muslimen um Gebetsordnungen an der Klagemauer beziehungsweise dem Ḥā'it al-Burāq in Jerusalem begann, entwickelte sich innerhalb weniger Tage zu Ausschreitungen, die Zivilisten zuerst in Jerusalem und kurz darauf in etlichen anderen Städten betrafen. Insgesamt 133 Menschen der jüdischen Bevölkerung und 166 Menschen der muslimisch-christlich arabischen Bevölkerung kamen dabei ums Leben. Die Gewalt richtete sich nicht ausschließlich gegen

4 Vgl. das Interview mit Ghazi Hamed bei LBC TV (Libanon) vom 24. Oktober 2023 ([www.memri.org/tv/hamas-official-ghazi-hamad-we-will-repeat-october-seven-until-israel-annihilated-victims-everything-we-do-justified](http://www.memri.org/tv/hamas-official-ghazi-hamad-we-will-repeat-october-seven-until-israel-annihilated-victims-everything-we-do-justified)).

5 Vgl. Ari Blaff, »*Settlers Are Not Civilians*«: *Yale Professor Defends Hamas Terrorism*. In: *National Review* vom 11. Oktober 2023 ([www.nationalreview.com/news/settlers-are-not-civilians-yale-professor-defends-hamas-terrorism/](http://www.nationalreview.com/news/settlers-are-not-civilians-yale-professor-defends-hamas-terrorism/)).

neue zionistische Siedlungen, sondern vielfach gegen alteingesessene, nicht- oder sogar antizionistische jüdische Gemeinden in Städten wie Hebron im Süden oder Safed im Norden. Die Gemeinde von Hebron wurde dabei ausgelöscht (die israelischen Siedler im heutigen Hebron – einer der radikalsten Hochburgen der Siedlerbewegung – stammen nicht aus der alteingesessenen Gemeinde). Wie Cohen zeigt, hat die Gewalt von 1929 aus einem politischen Konflikt um zionistische Bestrebungen einen ethnisch-religiösen Konflikt gemacht.<sup>6</sup>

Damals wie heute ordneten zahlreiche Beobachter die Gewalt von 1929 als eine weitere Etappe in einer langen Geschichte von Verfolgungen und Pogromen ein, als einen Ausbruch jenes Judenhasses, der in den mittelalterlichen deutschen Landen, im späten Zarenreich oder in Palästina immer wieder seinen Ausdruck fand. In diesem Sinne ist die Gewalt von 1929, wie auch der Arabische Aufstand von 1936 bis 1939, in die israelische Geschichtsschreibung eingegangen, bezeichnet mit dem hebräischen Pendant für »Pogrom«: *Pera'ot*. Hier wird bereits das fehlende Verständnis für die grundlegend verschiedenen Hintergründe der Gewalt in Europa und der im Nahen Osten sichtbar, das sich auch jetzt wieder zeigt. Zweifelsohne lässt sich eine Übernahme von Denkfiguren des europäischen Antisemitismus durch Vertreter der palästinensischen oder panarabischen Bewegung feststellen: Das bekannteste Beispiel hierfür ist der Mufti von Jerusalem Amin al-Husseini, der während des Zweiten Weltkriegs sogar Unterstützung beim NS-Regime suchte, aber auch spätere Gruppierungen – nicht zuletzt die Hamas – haben die in Europa entstandene jüdenfeindliche Rhetorik und Vorstellungswelt für sich entdeckt (von weitverbreiteter Holocaustleugnung ganz zu schweigen). Dennoch darf dieser Umstand nicht über die konkreten Hintergründe der Gewalt im Israel/Palästina-Konflikt hinwegtäuschen. Hier handelt es sich nicht um eine von einer Mehrheitsgesellschaft verfolgte jüdische Minderheit, sondern um den Kampf zweier Nationalbewegungen um Land und Vorherrschaft, dessen konkreteste und ausdauerndste Manifestation ein israelisches System von Besatzung, Siedlungsausbau und stets voranschreitender Vertreibung und Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung ist.

Der Versuch, Land durch Ansiedlung zu beanspruchen und zu verteidigen, ist entscheidend für die Dynamik der Gewalt an Zivilisten. »Wo die Pflugschar verläuft, wird die Grenze verlaufen«, lautete ein Motto der zionistischen Bewegung in den 1920er und 1930er Jahren. Gerade angesichts

6 Hillel Cohen, *Year Zero of the Arab-Israeli Conflict 1929*. Waltham/Mass.: Brandeis University Press 2015.

der britischen Teilungspläne, mit denen ab 1937 versucht wurde, einen Kompromiss zwischen der zionistischen und der palästinensischen Nationalbewegung zu finden, wurde das Schaffen von vollendeten Tatsachen durch die Gründung neuer Siedlungen zu einem zentralen Mittel der zionistischen Bewegung. So schreibt etwa der Historiker Benny Morris, ein prominenter Apologet des zionistischen beziehungsweise israelischen Handelns in den 1940er und 1950er Jahren: »Die Errichtung von Siedlungen war sowohl eine Frage der Ideologie als auch der Strategie [...] Schließlich sollte das Siedlungsraster die Konturen und Grenzen des geplanten Staates bestimmen.«<sup>7</sup> Viele der Kibbuzim, in denen die Hamas am 7. Oktober Zivilisten massakrierte, wurden in den 1940er und 1950er Jahren nach dieser Logik gegründet. Freilich war das Zusammenspiel aus ziviler Bevölkerung, Landwirtschaft und Grenzziehung keine alleinige Strategie der zionistischen Bewegung; die arabischen Armeen, die nach der israelischen Unabhängigkeitserklärung in Palästina einmarschiert waren, zerstörten systematisch jüdische Siedlungen im Süden Palästinas und im Jordantal.

Die Grenzziehung und Bevölkerungsdichte der Region, die heute als Gazastreifen bekannt ist, ist Teil dieser Geschichte. Die Bevölkerung dieser Region verdreifachte sich während des Kriegs von 1948, als mehr als einhunderttausend Palästinenserinnen und Palästinenser aus Jaffa, Yibna, Madschal, al-Ludd (Lod) und vielen anderen Ortschaften nach ihrer Vertreibung oder erzwungenen Flucht – die Kontroversen um die Ursachen und die Terminologie rund um die Nakba würden einen eigenen Artikel erfordern – dorthin kamen.<sup>8</sup> Wie die israelische Journalistin und Autorin Amira Hass schreibt, ist der Gazastreifen seitdem ein Mikrokosmos der palästinensischen Gesellschaft und Geschichte: eine von der restlichen Welt durch Israel und Ägypten abgeschottete Region, in der 75 Prozent der Bevölkerung Nachfahren von Flüchtlingen des Kriegs von 1948 sind.<sup>9</sup>

7 Benny Morris, *1948: Der erste arabisch-israelische Krieg* [2008]. Übersetzt von Johannes Bruns u. Peter Kathmann. Leipzig: Hentrich & Hentrich 2023. Die deutsche Ausgabe ist um ein Interview mit Benny Morris, ein Nachwort von Stephan Grigat und eine editorische Notiz zum 7. Oktober 2023 ergänzt worden, die Morris' gründlich recherchiertem und insgesamt sachlichem Buch einen oberflächlich politisierten und polemischen Charakter verleihen.

8 Jean-Pierre Filiu, *Gaza: A History*. Oxford University Press 2014.

9 Amira Hass, *Gam BaSchulayim, gam ba-merkas: Asa ka-mikrokosmos ha-falastini* [Sowohl am Rand als auch im Zentrum: Gaza als der palästinensische Mikrokosmos]. In: Omri Ben Yehuda/Dotan Halevy (Hrsg.), *Asa: Makom ve-dimui ba-merchaw ha-yisraeli* [Gaza: Ort und Bild im israelischen Raum]. Gamma 2023.

Das Zusammenspiel aus Vertreibung, Siedlungsausbau und Grenzziehung bestimmt auch aktuelle Entwicklungen. Die massive Zerstörung durch die israelische Offensive im Norden des Gazastreifens bedeutet, dass die im Oktober und November durch Israel eingerichteten »humanitären Korridore« zwischen dem Norden und Süden des Gazastreifens auf absehbare Zeit Einbahnstraßen bleiben werden. Minister in der ultranationalistischen, teilweise offen rassistischen israelischen Regierung und Abgeordnete der Regierungsparteien rechtfertigen und feiern die enorme Zahl palästinensischer Opfer mit einer Rhetorik, die allen Bewohnerinnen und Bewohnern des Gazastreifens das Recht auf Schutz und Leben abspricht; manche träumen vom Transfer der Bevölkerung, andere sprechen von einer zweiten Nakba oder fordern, den Gazastreifen von der Erde zu tilgen.<sup>10</sup> Radikale Siedler und ihre Vertreter sprechen vom Wiederaufbau israelischer Siedlungen in Gaza, zuletzt in einer Veranstaltung in Jerusalem, an der unter anderen der Minister für Innere Sicherheit und der Finanzminister teilnahmen und ein Banner mit der Aufschrift »Nur der Transfer [der palästinensischen Bevölkerung aus dem Gazastreifen] wird den Frieden bringen« zu sehen war.<sup>11</sup> Auch diese Äußerungen und Bestrebungen haben eine lange Geschichte. Bereits nach dem israelischen Sieg im Sechstagekrieg 1967 versuchte die israelische Regierung, Bewohnerinnen und Bewohner dazu zu veranlassen, den Gazastreifen in Richtung Westjordanland zu verlassen, um ihn zu annektieren. Der Versuch scheiterte zwar, zeigt aber, wie tief die Idee wurzelt, den Konflikt zu entscheiden, indem man die Zivilbevölkerung einschüchtert und in die Migration zwingt.

Dabei ist der Zusammenhang zwischen Ansiedlung, Landenteignung, und erzwungener Flucht beziehungsweise Vertreibung einerseits und Gewalt an Zivilisten andererseits keine Besonderheit des Israel/Palästina-Konflikts, sondern vielmehr ein Grundzug vieler Siedlergesellschaften und kolonialer Projekte. »Es wäre gut [...] zwischen der Mitidja und Dellys eine solide Barriere aus befestigten Dörfern zu etablieren. Über diesen Weg drohte der Aufstand uns zu überwältigen. Es ist wichtig, dies von nun an zu verhindern«, empfahlen Mitglieder eines für Kolonisation zuständigen Ausschusses in Algerien 1871.<sup>12</sup> Ein Aufstand in der Kabylei war gerade unterdrückt

10 Vgl. *Genocide Charge Against Israel Must Serve as a Wake-up Call*. Editorial in: *Haaretz* vom 3. Januar 2024.

11 Vgl. den Bericht im *Tagesspiegel* vom 29. Januar 2024 ([www.tagesspiegel.de/internationales/tausende-bei-konferenz-des-sieges-in-israel-rechter-minister-ben-gvir-fordert-rueckkehr-judischer-siedler-in-gazastreifen-11125894.html](http://www.tagesspiegel.de/internationales/tausende-bei-konferenz-des-sieges-in-israel-rechter-minister-ben-gvir-fordert-rueckkehr-judischer-siedler-in-gazastreifen-11125894.html)).

12 Archives nationales d'outre-mer, Aix-en-Provence, GGA L10: *Extrait de la délibération du comité consultatif de colonisation* vom 26. Oktober 1871.

worden; die französischen Kolonialbehörden waren dabei, Ländereien von aufständischen Bevölkerungen zu enteignen und einen Plan für den Ausbau bestehender und die Errichtung neuer Siedlungen zu entwerfen. Der französische Gouverneur forderte »die Schaffung einer großen, homogenen französischen Bevölkerung in Algerien, die fähig wäre, alle Aufstandsversuche selbst abzuwehren«. <sup>13</sup> Die Historikerin Raphaëlle Branche hat in einem beeindruckenden Buch gezeigt, wie diese verwobenen Schichten der Gewalt acht Jahrzehnte später noch nachwirkten, als während des Algerienkriegs in der Siedlung Palestro, errichtet nach dem Aufstand von 1871, eines der grausamsten Massaker an Zivilisten durch Mitglieder der FLN, der algerischen Nationalen Befreiungsfront, verübt wurde. <sup>14</sup>

Dass es angezeigt scheint, an dieser Stelle hinzuzufügen, dass eine Analyse keine Rechtfertigung bedeutet, zeigt die intellektuelle Sackgasse des gegenwärtigen Moments. Um beim algerischen Beispiel zu bleiben: 1901 überfiel eine Gruppe algerischer Männer die Siedlung Margueritte, tötete sechs ihrer Bewohner und zwang mehrere andere, die *Shahada* auszusprechen – jenen Satz, mit dem man sich zum Islam bekennt. Im französischen Parlament und in der Presse erinnerten einige Abgeordnete und Journalisten daran, dass zum Hintergrund des Angriffs auch die Tatsache gehörte, dass die Siedlung auf enteigneten Ländereien errichtet worden war. <sup>15</sup> Auf die Hintergründe der Gewalt hinzuweisen, ist keine Relativierung der Schuld der Täter oder des Leids der Betroffenen, sondern der Suche nach einer anderen Zukunft geschuldet. Genau das verstanden israelische Verleger, die während der Zweiten Intifada (2000 bis 2005) mehrere Publikationen aus der Zeit des Algerienkriegs ins Hebräische übersetzten. <sup>16</sup> Das wäre vermutlich weiterhin eine Selbstverständlichkeit geblieben, wenn sich nicht nach dem 7. Oktober ein wahrhaft erschütternder Abgrund aufgetan hätte, in dem die grausamste Gewalt an Zivilisten eben nicht nur analytisch erklärt, sondern als Ausdruck von Gerechtigkeit und Befreiungspolitik gefeiert wurde.

Über die Verharmlosung, sogar das Bejubeln der Massaker der Hamas unter sich als links oder progressiv bezeichnenden Kreisen ist bereits viel

13 Archives nationales d'outre-mer, Aix-en-Provence, F80 1799: Gouverneur général, *Instructions pour les commissions de séquestre* vom 26. Juni 1872.

14 Raphaëlle Branche, *L'embuscade de Palestro, Algérie 1956*. Paris: Armand Colin 2010.

15 Avner Ofrath, *Colonial Algeria and the Politics of Citizenship*. London: Bloomsbury 2023.

16 Vgl. Jean-Jacques Servan-Schreiber, *Lieutenant en Algérie*. Paris: Julliard 1957; Raymond Aron, *La Tragédie algérienne*. Paris: Plon 1957.

geschrieben worden. Hier soll deshalb der Fokus auf einen Begriff gelegt werden, der für die Rechtfertigung von Gewalt an Zivilisten maßgeblich ist: Siedlerkolonialismus (*settler colonialism*) – ein Begriff, der das Potential hätte, die historischen Komplexitäten von Fällen wie Israel/Palästina zu erfassen, der aber stattdessen immer größer, sogar menschenverachtender verwendet wird.

Dass es sich bei dem zionistischen Unterfangen um ein Siedlungsprojekt handelt, wird allein schon anhand des Vokabulars klar. Für den Erwerb von Ländereien Anfang des 20. Jahrhunderts war etwa die *Palestine Jewish Colonization Association* zuständig; ein Motto des zionistischen Mainstreams forderte die »Eroberung« der Arbeit wie des Landes; die frühesten neugegründeten Siedlungen um 1900 wurden als ebensolche bezeichnet (*Moschavot*) – die Liste ließe sich fortsetzen. Freilich stammte dieses Vokabular aus einer Zeit, in der »Kolonien« alles Mögliche bedeuten konnten – von Eroberungsgebieten in Asien und Afrika bis hin zu einer Gruppe städtemüder deutscher Künstlerinnen und Künstler in Worpsswede. Doch die Essenz bleibt. Ziel der zionistischen Bewegung war es, in Palästina beziehungsweise *Eretz Israel* eine neue Gesellschaft und Gesellschaftsordnung aufzubauen, mit wenig Rücksicht auf die und noch weniger Kenntnis von der lokalen Gesellschaft, Wirtschaft und Ökologie. Die in Israel wie in Deutschland gängige Vorstellung, der Zionismus hätte aus einer »kargen Wüste« ein blühendes Land geschaffen, ist Produkt und Ausdruck hartnäckiger Ignoranz. Auch hier sind Vergleiche mit Algerien denkbar: von der Vorstellung, ein vormals blühendes Land nach Jahrhunderten des Verfalls unter islamischer Herrschaft wieder aufblühen zu lassen, bis hin zur Obsession mit Wäldern und Bewaldung.<sup>17</sup>

Was jedoch im Fall der zionistischen Bewegung beziehungsweise Israels genauso wie in Algerien oder Südafrika gerade für die heutige politische Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart des Ortes entscheidend ist, aber vom aktuell vertretenen Verständnis des Siedlerkolonialismus geradezu ignoriert wird, ist die starke Ambivalenz von Siedlern als historischen Akteuren: die Ausgrenzung und Verfolgung, die sie zur Auswanderung zwang, und ihre marginale Position innerhalb kolonialer Hierarchien. Im zionistischen beziehungsweise israelischen Fall ist die gegenwärtige Entkontextualisierung des Siedlerbegriffs besonders auffallend, handelt es sich hier doch um die Anderen Europas schlechthin, um eine Gruppe, die schon

17 Vgl. Diana K. Davis, *Resurrecting the Granary of Rome. Environmental History and French Colonial Expansion in North Africa*. Athens: Ohio University Press 2007.



lange vor dem Holocaust Pogromen ausgesetzt war – und um Gemeinden, die mit dem Aufkommen des Nationalismus in der arabischen Welt in den 1940er und 1950er Jahren auch dort kaum noch Aussicht auf ein Bleiben hatten. Auch in anderen Fällen das gleiche Bild: verarmte Landarbeiter aus Frankreich, Spanien und Italien im Fall Algeriens, deutsche Kleinbauern in den preußischen Ostgebieten, Buren in Südafrika, Kriminalisierte und Ausgegrenzte in Australien, religiös Abtrünnige und Verfolgte aus England in Nordamerika. In all diesen Fällen stammte zumindest ein beachtlicher Teil der Siedler aus den ausgegrenzten Schichten der kolonisierenden Gesellschaften.

Die historisch unprivilegierte Ausgangsposition von Siedlergesellschaften entbindet sie selbstverständlich nicht von der politischen Verantwortung, sich mit der für solche Kontexte eigentümlichen Anatomie der Gewalt zu befassen oder sich der Missachtung von Gesetzen und Institutionen zu stellen, die mit dem prägenden Pioniermythos einhergehen.<sup>18</sup> Zugleich darf man aber die Ambivalenz von Siedlergesellschaften nicht aus den Augen verlieren. Siedler können nicht für die Verbrechen europäischer Gesellschaften verantwortlich gemacht oder dämonisiert werden. Genau in diesem Sinne haben mehrere Historikerinnen und Historiker seit den frühen 1990er Jahren geforscht und argumentiert. Caroline Elkins und Susan Pedersen haben in einem programmatischen Text beispielsweise die Fragilität vieler Siedlergesellschaften analysiert und ihre Abhängigkeit sowohl von den Kolonialmächten als auch von lokalen Bevölkerungen betont.<sup>19</sup>

Doch anstatt diese Ambivalenzen wahrzunehmen, wird momentan ein Begriff des Siedlerkolonialismus forciert, der diese Form der europäischen Expansion als die Krönung der Gewalt und das repressivste aller Systeme darstellt und letztendlich die entfesselte Gewalt rechtfertigt, die die Hamas am 7. Oktober 2023 unter anderem an Hochbetagten, Frauen und Kindern verübte und an den Geiseln weiterhin verübt. Wie menschenverachtend dieser Siedlerbegriff ist, zeigte ein Instagram-Post der erfolgreichen Künstlerin Emily Jacir kurz nach dem 7. Oktober: Zu sehen war ein Foto der fünfundachtzigjährigen Yaffa Adar, während sie von Hamas-Militanten gekidnappt wird. Das Foto überschrieb die Künstlerin mit dem Kommentar: »Diese ge-

18 Avner Ofrath, *Alsace in Algeria and the Notion of »Failure« in Settler Political Culture, c. 1870–1960*. In: *The Historical Journal*, Nr. 66/5, Dezember 2023.

19 Caroline Elkins/Susan Pedersen, *Introduction: Settler Colonialism: A Concept and its Uses*. In: Dies. (Hrsg.), *Settler Colonialism in the Twentieth Century: Projects, Practices, Legacies*. Abingdon: Routledge 2005. Jürgen Osterhammel und Jan C. Jansen sprechen von »überseeischer Siedlungskolonisation«. Vgl. dies., *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*. München: Beck 2012.

fangene Siedlerin sieht zufrieden aus. Ich hoffe, sie bekochen sie mit einem guten palästinensischen Gericht.«

Es ist kaum Zufall, dass Vertreterinnen und Vertreter dieser vereinfachten Vorstellung des Siedlerkolonialismus sich oft auf ein Zitat von Theodor Herzl beziehen – und zwar sinnentstellend und manipulativ: »Wenn ich an die Stelle eines alten Baues einen neuen setzen will, muss ich zuerst demolieren und dann konstruieren«, schrieb der Gründer des politischen Zionismus in der Einleitung seines 1896 veröffentlichten Manifests *Der Judenstaat*. In wissenschaftlichen Artikeln, politischen Texten und Beiträgen in sozialen Medien wird dieser Satz vielfach angeführt als Kernstück des europäisch geprägten zionistischen Gedankenguts in seiner Begegnung mit Palästina. So etwa in einem höchst einflussreichen und vielzitierten Artikel des Historikers Patrick Wolfe, der Herzls Worte als den Ausdruck schlechthin für das sieht, was er als die siedlerkoloniale »elimination logic« hinsichtlich der indigenen Bevölkerung bezeichnet.<sup>20</sup> Was aber ohne Kontext wie Herzls Kampfansage an die lokale Gesellschaft Palästinas erscheint, ist in Wahrheit eine rein stilistische Anmerkung zum Aufbau des Buchs, mit der Herzl die Vorgehensweise erklärt, zunächst Einwände seiner Gegner zu entkräften, um im Anschluss seinen Plan vorzustellen.

Ein Zufall ist das nicht. Denn dass Juden als die Verkörperung und Vollendung des Bösen dargestellt werden, ist kein Novum. Schließlich waren sie schon Seuchenverbreiter in Zeiten der Pest, Wucherer in Zeiten von Armut, Vorboten des Kapitalismus für Sozialisten und Hauptverantwortliche des Bolschewismus für Nationalisten und Faschisten. Nun sind sie der Inbegriff des Kolonialismus im postkolonialen Zeitalter. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Dabei mangelt es nicht an Gründen, nicht nur die aktuelle israelische Kriegsführung aufs Schärfste zu verurteilen, sondern auch tief verankerte Aspekte des zionistischen Gedankenguts und der israelischen Gesellschaft zu kritisieren. Eine derartige Kritik, ein Abschied von kolonialen und ethnokratischen Fundamenten des politischen Systems Israels und eine ernsthafte Auseinandersetzung der israelischen Gesellschaft mit der anhaltenden, sich stetig radikalisierenden Zerstörung palästinensischen Lebens werden für jede zukünftige, aktuell schwer vorstellbare politische Transformation in Israel/Palästina unabdingbar sein. Ziel einer derartigen Kritik muss aber sein, nach hundert Jahren der Gewalt an Zivilisten eine Politik zu fordern und zu fördern, für die der Schutz von Menschenleben das allerhöchste Gut

20 Patrick Wolfe, *Settler colonialism and the elimination of the native*. In: *Journal of Genocide Research*, Nr. 8/4, 2006.

ist. Von diesem elementaren Grundsatz humanistischer Politik hat sich seit dem 7. Oktober 2023 ein beachtlicher Teil der sich als links, progressiv oder antikolonial bezeichnenden Gruppierungen und Intellektuellen mit klaren Worten und Taten verabschiedet.

Die globalen Schockwellen des Israel/Palästina-Konflikts, die seit Oktober 2023 das Zusammenleben von Juden und Muslimen von Berlin bis Paris und von Berkeley bis Toronto ins Wanken bringen, sind aber nicht nur auf post- und antikoloniale Ansätze zurückzuführen. Vielmehr sind sie ein Produkt davon, wie zentrale Akteure den Konflikt austragen: als eine Sache, die Juden und Muslime weltweit betrifft. Die Nichtunterscheidung zwischen Kämpfenden und Zivilisten, die Vorstellung des Konflikts als eines allumfassenden Kampfes zweier Bevölkerungen prägt ihn seit mehr als hundert Jahren. Tatsächlich erinnern die Spannungen, die wir in den letzten Monaten in Europa und Nordamerika erleben, immer mehr an die Ausschreitungen zwischen Juden und Muslimen an diversen Schauplätzen der arabischen Welt in der spätkolonialen Zeit.

Bereits nach den Ausschreitungen im Sommer 1929 begannen Vertreter der zionistischen und der palästinensischen Nationalbewegungen, den eskalierenden Konflikt zu globalisieren. Vertreter der zionistischen Bewegung sammelten Spenden für die jüdischen Opfer der Gewalt nicht nur in Europa, sondern auch in zahlreichen jüdischen Gemeinden der arabischen Welt, was vielerorts von Behörden, jüdischen Einrichtungen und muslimischen Vertretern mit großer Skepsis und mit Sorge um den Modus Vivendi der verschiedenen Religionsgemeinschaften betrachtet wurde. Auf palästinensischer Seite ist insbesondere die Aktivität des Jerusalemer Mufti al-Husseini hervorzuheben, der nach 1929 Gemeinden und Orte in der ganzen islamischen Welt bereiste und 1931 einen internationalen Islamischen Kongress auf dem Haram al-Sharif (im Deutschen als Tempelberg bekannt) in Jerusalem veranstaltete, der zur Gründung einer islamischen Universität führen sollte, von prominenten arabischen Intellektuellen besucht und in der arabischen Presse stark rezipiert wurde.<sup>21</sup>

Die Herauskristallisierung zweier ethnisch-religiös gedachter »Seiten«, die Hillel Cohen für Palästina nach 1929 festgestellt hat, lässt sich auch an anderen Schauplätzen der arabischen Welt nachzeichnen. Diese Entwicklung, die Folge des zunehmend globalisierten Palästinakonflikts, war ein

21 Weldon C. Matthews, *Pan-Islam or Arab Nationalism? The Meaning of the 1931 Jerusalem Islamic Congress Reconsidered*. In: *International Journal of Middle East Studies*, Nr. 35/1, Februar 2003.

wichtiger Faktor bei der Welle von Ausschreitungen und Massakern, denen jüdische Gemeinden in den 1930er und 1940er Jahren in mehreren Städten der arabischen Welt ausgesetzt waren – etwa in Constantine (Algerien) 1934, Bagdad 1941, Aleppo 1947 oder Oujda (Marokko) 1948. 1938 sahen sich etwa Juden in Bagdad dazu genötigt, sich in Petitionen auf Englisch und Arabisch vom Zionismus zu distanzieren, obwohl sie bereits seit geraumer Zeit am aufkommenden irakischen Nationalismus teilhatten.<sup>22</sup> Mit dem Palästina-Krieg 1947 bis 1949 und dem Einmarsch arabischer Armeen erreichte die Globalisierung des Konflikts einen Höhepunkt. So deklarierten etliche islamische Gelehrte und arabische Anführer den Kampf um Palästina zur Pflicht eines jeden Muslims und riefen dazu auf, auf den Hadj, die Pilgerfahrt nach Mekka, zu verzichten und das dazu nötige Geld stattdessen für den Kampf um Palästina zu spenden.

Obschon die Gewalt, mit der jüdische Gemeinden in der arabischen Welt konfrontiert waren, immer auch lokale Gründe und Faktoren hatte, ist die Palästinafrage aus dieser Geschichte nicht wegzudenken. An die Stelle lokal verorteter Solidarität zwischen Nachbarn verschiedener religiöser Zugehörigkeiten, die der jahrhundertelangen, meist gewaltfreien Koexistenz in gemeinsamen Räumen zugrunde lag, traten im 20. Jahrhundert abstrakte, überregional gedachte Bilder des Anderen und des Selbst. Das Erstarken des Zionismus, des palästinensischen und des panarabischen Nationalismus waren Träger und Marker dieser neuen, abstrakt gedachten Identitäten und Solidaritäten.<sup>23</sup>

Freilich unterscheiden sich die Demografie und politische Lage im Berlin oder Paris des frühen 21. Jahrhunderts maßgeblich von denen des spätkolonialen Bagdad oder Aleppo. Auch die Konfrontationen und Straftaten der letzten Monate sind, Stand März 2024, mit der tödlichen Gewalt des frühen 20. Jahrhunderts nicht vergleichbar. Doch die in den 1930er und 1940er Jahren entstandene ethnisch-religiöse Logik rund um den Palästina-Konflikt wirkt maßgeblich nach. Dass der Israel/Palästina-Konflikt weltweit Wellen schlägt, ist keine rezente Randerscheinung, sondern gehört vielmehr zum Kern dieser Geschichte.

22 Iraqi Jewish Archive, 3785: *Correspondence about Anti-Jewish Sentiments, Education Information; Statement Condemning Zionism, 1922–1962*. (Digitalisiertes Archiv: [ijarchive.org/s/iraqi-jewish-archive/page/home](http://ijarchive.org/s/iraqi-jewish-archive/page/home)).

23 Avner Ofrath, *Entre Hébron et Constantine: Retour sur les tensions judéo-musulmanes dans l'Algérie des années 1930* (im Erscheinen). Vgl. dazu auch Vorträge der Konferenz »Juifs du monde arabe, pourquoi sont-ils partis?« in Paris im Juni 2022.

Es ist daher eine illusorische Vorstellung, dass die globale Dimension des Konflikts zukünftig wieder verschwindet. Vielmehr muss es darum gehen, aus explosiven, ethnisch-religiösen Auseinandersetzungen Kontroversen zu machen und diese gerade in den zentralen Foren von Zivilgesellschaft und Kultur auszutragen und auszuhalten. Dies würde erfordern, dass diverse, auch kollidierende Erfahrungen und Erinnerungen (und Sichtweisen) der Hunderttausenden Menschen, die aus Israel/Palästina stammen und in Deutschland leben – Erfahrungen von Vertreibung, Flucht, Staatenlosigkeit, Krieg, Attentaten, Diskriminierung, Verhaftung, Folter –, ihren Platz im öffentlichen Raum finden können.

Nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober war oft von »Kontext« die Rede – nicht ohne Grund, wenn auch nicht mit viel Anstand den Opfern gegenüber. Etwas in einen Kontext zu stellen bedeutet, nach Ursachen, Konnexen und Folgen zu fragen. Genau das versuchten israelische Regierungsvertreter durch Gleichsetzung der Hamas mit dem IS oder dem NS-Regime zu verhindern. Ihr Ziel war es, die Hamas als das Böse darzustellen, das unabhängig von Umständen agiert. Abgewendet wurde mit derartigen Gleichsetzungen nicht nur die Frage, ob mit der Hamas verhandelt werden könne, sondern vor allem, ob an der politischen Ordnung in Israel/Palästina etwas geändert werden müsse. Es ist der Versuch, sich nicht nur von den Vorschriften des Völkerrechts, sondern auch von der politisch-moralischen Verantwortung für die eigenen Worte und Taten zu befreien – ein vertrauter Zug eines jeden autoritären Regimes.

Die Vergleiche und Begriffe, mit denen Israel in den letzten Monaten nicht nur als politisches System, sondern als für viele Menschen identitätsstiftende Geschichte, Erfahrung und gelebte Realität grundlegend abgelehnt wird, sind nicht immer so explizit menschenverachtend wie die offizielle israelische Kriegspropaganda. Letztendlich zielen sie aber auf dieselbe Selbstbefreiung von der Verantwortung für die eigenen Worte und deren Folgen. Die Konsequenzen dieser Dämonisierung spüren nun jüdische Menschen und Gemeinden weltweit. In Berlin wurde der jüdische Student Lahav Shapira wegen seines proisraelischen Engagements Anfang Februar krankenhaushausreif geprügelt. Zwei Wochen später hielt in Toronto ein propalästinsischer Aufmarsch vor dem ursprünglich durch die jüdische Gemeinde gegründeten Krankenhaus Mount Sinai und skandierte Intifada-Parolen, während einige Aktivisten das Gebäude erkletterten und eine Palästina-Fahne schwenkten. So reproduziert sich in Europa und Nordamerika jene Dynamik, die Israel/Palästina seit hundert Jahren plagt. Wenn Universitäten und Krankenhäuser zu Kampfzonen werden, zerfällt die Gesellschaft.

Inmitten dieser Eskalation auf Komplexität und Ambivalenz zu pochen, mag je nach politischer Gesinnung opportunistisch, naiv oder feige erscheinen. Wir stecken in einem jener historischen Momente, in denen der Dialog versagt und die Gewalt die Oberhand gewonnen zu haben scheint. Was nützt schon ein Appell zur Zurückhaltung und Vernunft à la Albert Camus während des Algerienkriegs, wenn Frantz Fanon in aller Munde ist? Schließlich haben Camus' politische Nachfahren in Israel ähnlich viel erreicht wie er im kolonialen Algerien – nämlich gar nichts. Der Friedensprozess der 1990er Jahre ist längst gescheitert, im Parlament ist aktuell keine einzige jüdisch-israelische Partei vertreten, die für eine politische Lösung des Konflikts steht. Wo Politik versagt, blüht Gewalt.

Nur: Wenn mit der Forderung »Ceasefire Now« nicht nur ein Ende der Gewalt, sondern auch ein erster Schritt in Richtung politische Transformation gemeint sein soll, wenn mit der Parole »From the River to the Sea, Palestine Shall Be Free« kein algerisches Szenario, sondern eine auf Gleichheit und Gerechtigkeit basierende Lösung gemeint sein soll, dann führt an einer politischen Auseinandersetzung zwischen Erzfeinden, zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten kein Weg vorbei. Konstruktiv würde sie nur durch das Erkennen und Erkunden von Ambivalenzen. Die heute noch so radikal klingenden Parolen könnten morgen oder übermorgen schon leer wirken.